INFORMATIONSDIENST

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

ISSN 0933-1948

Stellungnahme des IÖW: Zur umwelt- und energiepolitischen Wirkung der Steuerreform

Das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung beteiligte sich an der aktuellen Diskussion um die Steuerreform 1990 mit einer Stellungnahme, die Dipl.-Ing. Frank Springmann verfaßte. Es ist Anliegen des IÖW, auf den Skandal hinzuweisen, daß die Steuerreform eine verpaßte Chance ökologischer Umorientierung darstellt. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der IÖW-Stellungnahme, die weitere, hier nicht abgedruckte, steuerpolitische Alternativvorschläge enthält. Das vollständige Papier kann über die IÖW-Geschäftsstelle bezogen werden.

Die Steuerreform 1990 ist bisher in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung von Steuerentlastungen und dem damit verbundenen möglicherweise größer werdenden Defizit im Staatshaushalt diskutiert worden. Hier geht es darum, daß mit Steuern bewußt lenkend in das Wirtschaftsgeschehen eingegriffen wird. Die Steuerreform ist eine Chance, das steuerliche Instrumentarium zum Zweck der Umweltentlastung gezielt einzusetzen. Eine gute Steuerreform wird beiden Ansprüchen gerecht: sie entlastet den Staatshaushalt bei gleichzeitig geringer werdender Umweltbelastung. Im folgenden wird schwerpunktmäßig der Lenkungsaspekt der Steuerreform unter dem Gesichtspunkt der Umweltbelastung beleuchtet und werden diesbezüglich Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Ferner wird auf weitere Möglichkeiten zur Finanzierung des Staatshaushaltes eingegangen.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht den Fortfall erleichterter Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen und insbesondere auch für Umweltschutzinvestitionen gemäß dem Investitionszulagengesetz und dem § 7d Einkommenssteuergesetz vor. Dies wirkt sich nur dann negativ für den Umweltschutz aus, wenn diese Abschreibungserleichterungen in der Vergangenheit tatsächlich zu verstärkten Investitionen in umweltschonende Produktionsverfahren und Produkte geführt haben. Umweltschutzinvestitionen werden überwiegend dann getätigt, wenn der Staat Auflagenregelungen oder Abgaberegulungen wie z.B. die Großfeuerungsanlagenverordnung oder das Abwasserabgabengesetz erläßt. Im Fall der erleichterten Abschreibungsmöglichkeiten und der Investitionszulagen ist eher davon auszugehen, daß ohnehin geplante Investitionen dadurch begünstigt werden. Ob und wieviel investiert wird, hängt im allgemeinen ab von der

Nachfrage nach den produzierten Gütern, dem Umsatzziel der Unternehmen, den Zinsen und der Kapitalrentabilität. Subventionen für Investitionen werden von den Unternehmen dankend angenommen und wirken weniger lenkend auf das Investitionsverhalten.

In der Regel sind besonders umweltbelastende Produktionen kapitalintensiv und daher mit hohen Investitionen verbunden, während umweltschonendere Produktionen tendenziell kapitalsparend und arbeitsintensiv sind. Die generelle Kopplung der Förderung von Investitionen an die Höhe des Investitionsvolumens, wie es im Investitionszulagengesetz geregelt ist, begünstigt also tendenziell besonders umweltbelastende Produktionen. So hat z.B. die Einrichtung des Berlnförderungs-gesetzes besonders wertschöpfungsarme, arbeitskräftesparende und umweltbelastende Produktionen stark bevorzugt...

Als Alternative zur Subventionierung von Umweltschutzinvestitionen bietet sich die direkte Kopplung von Steuer- und Abgaberegulungen an die Umweltbelastung bzw. die Emissionen an. In bezug auf das Abwasserabgabengesetz und die Regelungen zum Fluglärm liegen positive Erfahrungen vor. Einerseits werden nachweisbare Emissionsminderungen erzielt und andererseits erhält der Staat zusätzliche Einnahmen ...

Auch die Finanzierung des Staatshaushaltes sollte in Zukunft verstärkt an umwelt- und arbeitsmarktpolitischen Zielen orientiert werden. Die langfristige Finanzplanung sollte so ausgelegt werden, daß das Lohnsteueraufkommen konstant bleibt, um die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit im Vergleich zu den sonstigen Kosten zu senken. Stattdessen sollte die Finanzierung verstärkt über Verbrauchssteuern auf besonders umweltbelastende Produktions- und Konsumtionsprozesse erfolgen ...

VÖW-Jahresmitglieder- versammlung in Bremen

Die Diskussion auf der Jahresmitgliederversammlung der VÖW war geprägt von einer kritischen Bestandsaufnahme und der Suche nach neuen Wegen, die Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge unter den Mitgliedern zu stärken, darüberhinaus aber auch die VÖW auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die jetzt rund 280 Mitglieder zählende Vereinigung soll durch eine verstärkte Werbung neuer Mitglieder (nach dem Motto: jedes Mitglied wirbt ein Neues!) und durch Kontakte mit anderen Institutionen ihre Vernetzungsfunktion für ökologische Wirtschafts-, Sozial- und Politikforschung noch besser erfüllen lernen. In diesem Zusammenhang wurde dem Informationsdienst und dem Aufbau neuer Arbeitsgruppen eine besondere Bedeutung zugeschrieben.

Die nach wie vor prekäre finanzielle Situation (nicht zuletzt verursacht durch eine allzu säumige Zahlungsmoral!) soll durch eine Staffelung der Beiträge, so der Beschluß der MV, verbessert werden. Ab 1. Januar 1989 soll – nach Selbsteinschätzung – der Mitgliedsbeitrag DM 80.– (Mindestbeitrag), DM 120.– (erwünschter Beitrag) oder DM 200.– (Förderbeitrag) betragen (jeweils incl. DM 20.– für das Informationsdienst-Abo). Auch an einen besonderen Beitrag für Institutionen und Verbände ist gedacht.

Die Entlastung des alten Vorstandes erfolgte einstimmig. Den ausscheidenden Vorständlern: Mechthild Oechle (Bremen), Antje Theißen (Berlin) und Helmut Spitzley (Bremen) wurde für ihre Arbeit gedankt. Zu neuen Vorstandsmitgliedern wählte die MV: Prof. Dr. Martin Jänicke (FU Berlin, Forschungsstelle Umweltpolitik), Prof. Dr. Reiner Knigge (Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin), Prof. Dr. Eberhard Schmidt (Uni Oldenburg, Vorsitzender), Dipl. Volksw. Sabine Spelthahn (TU Berlin), Dr. Michael Schreyer (Ifo-Institut, München). Als Revisoren stellten sich zur Verfügung: Jens Clausen und Christoph Nitschke.

Vorankündigung

IÖW-Jahrestagung

4.-6. November 1988 in Berlin

Die Tagung wird sich mit dem Thema „Konsumenstrategien, Organisationsprobleme der Verbraucherpolitik und Möglichkeiten ökologischer Wirtschaftsentwicklung“ beschäftigen.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.